

Ercheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatlich 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Reichsteilen und der Expedition abgeholt 30 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,00 M. pro Quartal. (17 Briefträgerbezirk) 1 M. 40 Pf. Sperrkunden der W. d. d. 11-12 Uhr Vorm. Redaktionsadresse Nr. 6 XVII. Jahrgang.

# Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.  
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Verleger: Danziger Zeitungsgesellschaft. Druck: Danziger Zeitungsgesellschaft. Redaktionsadresse: Nr. 6 XVII. Jahrgang. Preis: 30 Pf. monatlich. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,00 M. pro Quartal. (17 Briefträgerbezirk) 1 M. 40 Pf. Sperrkunden der W. d. d. 11-12 Uhr Vorm. Redaktionsadresse Nr. 6 XVII. Jahrgang.

## Eisenbahn-Unfall-Aemter.

Die Strafhammern der Landgerichte müssen sich immer mehr mit Anklagen beschäftigen, die auf Grund des § 316 des Strafgesetzbuches wegen Gefährdung von Eisenbahn-Transporten, wie man gewöhnlich sagt, gegen Eisenbahnbeamte, meistens gegen Locomotivführer, Stationsbeamte und Weichensteller, erhoben werden. Der Eisenbahnverkehr hat sich nach und nach so compliciert gestaltet, daß Unfälle, die an sich schon unvermeidbar sind, in immer steigender Zahl sich ereignen. Zu ihrer Vermeidung sind unzählige Vorschriften erlassen worden, die immer wieder ergänzt oder abgeändert werden und schließlich von einem Beamten nicht vollständig übersehen werden können. Jeder Unfall, der sich ereignet, führt zu einer eisenbahnrechtlichen und zu einer gerichtlichen Untersuchung und die Folge der letzteren ist fast immer eine Anklage wegen Verstoßes gegen jenen § 316. Der Ausgang der gerichtlichen Verhandlung ist in der großen Mehrheit der Fälle die Verurteilung zu einer geringen Gefängnisstrafe, denn auf diese muß auch bei dem geringfügigsten Unfall erkannt werden, mit Gefängnis kann kein derartiges Vergehen gebüßt werden; erst ganz neuerdings ist durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts, die aber als einwandfrei nicht bezeichnet werden kann, die Möglichkeit der Verhängung einer Geldstrafe anstatt der Gefängnisstrafe gegeben worden. Die Eisenbahnbeamten leiden unter diesen Verhältnissen um so mehr, als die vom Gericht geladenen Sachverständigen sehr häufig ihre unmittelbaren Vorgesehten sind, nicht selten sogar dieselben, die die Vorschriften, gegen welche verstoßen sein soll, selbst erlassen haben und für deren Zweckmäßigkeit, die häufig genug von den im praktischen Dienste stehenden Beamten bestritten wird, naturgemäß aus voller Überzeugung eintreten.

Aber selbst wenn die Sachverständigen über jeden Zweifel erhaben wären und ihr Urteil vollständig unparteiisch und objectiv abgegeben wurden, ist doch für die angeklagten Eisenbahnbeamten immer noch nichts gebessert. Wer öfter Gelegenheit gehabt hat, einer längeren und umfangreichen Verhandlung über einen Eisenbahnunfall beizuwohnen, bei der die Aussagen der Beteiligten und nicht minder oft die der Zeugen in unlösbarer Widersprüche einander gegenüber stehen, der wird wohl den Eindruck erhalten, daß die fünf rechtsgelehrten Richter, welche das Urteil zu fällen haben, gar nicht im Stande sind, sich aus eigenem Wissen und Können eine Meinung über den Fall zu bilden, weil ihnen die technischen Kenntnisse fehlen, welche die Vorbedingung für einen gerechten Urteilspruch bilden. Nun hat der Gerichtshof allerdings Sachverständige zur Verfügung, aber diese verfügen oft genug aus leicht verständlichen Gründen. Einmal sind zwar manche der Herren ausgezeichnete Praktiker, die mit Recht eine sehr geschätzte Stellung im Eisenbahnwesen einnehmen, aber es ist ihnen die Gabe verlagert, einem Laien einen complicierten technischen Vorgang kurz und verständlich auseinander zu setzen, und zwar kann man gerade diese Beobachtung sehr häufig machen. Aber auch ein redegewandter Sachver-

ständiger wird nicht immer im Stande sein, ein Laienpublikum genügend belehren zu können, denn will er sich kurz fassen, muß er eine Reihe von Begriffen als bekannt voraussetzen, will er diesen Uebelstand vermeiden, muß er weit ausholen, und er läuft dann in Gefahr, daß die Richter seinen langen Vortrag sich nicht genügend in das Gedächtnis einprägen können. Wir haben wenigstens einmal in einer Gerichtsverhandlung erlebt, daß trotz eines sehr eingehenden und erschöpfenden Referates des Sachverständigen einzelne Richter nach einer stundenlangen Verhandlung die Begriffe „blockieren“ und „deblockieren“, „abläuten“ und „abmelden“ vollständig verwechselt hatten. Schließlich ist auch der Umstand noch zu berücksichtigen, daß eine technische Auseinandersetzung ohne Demonstrationen in den meisten Fällen gar keine Wirkung hat. Was aber von den Richtern gesagt wird, gilt in noch höherem Maße von den Verteidigern des Angeklagten, welche ihm zur Seite stehen sollen, bevor der Prozeß zur Verhandlung kommt und so häufig verabsäumen, Thatsachen feststellen zu lassen, die für ihren Klienten von großer Wichtigkeit sind, und Zeugen vorzuschlagen, deren Aussagen von entscheidender Bedeutung sein müßten. Man wird zugeben, daß unter diesen Umständen ein Eisenbahnbeamter, der wegen Gefährdung eines Eisenbahnzuges vor der Strafkammer steht, in keiner angenehmen Lage ist. Aber auch die Eisenbahnverwaltung hat allen Grund, darauf zu dringen, daß auf diesem Gebiete eine Wandlung eintritt, denn es kann ihr nichts daran liegen, daß in dem einen Falle ein Beamter zu hart, in dem anderen Falle zu mild bestraft wird, sie braucht einen gerechten Spruch des Gerichtes.

In dem Verein der Eisenbahnbeamten bilden diese Verhältnisse seit länger als einem Vierteljahrhundert den Gegenstand der Beratungen, ohne daß es bisher gelungen wäre, sie zu ändern. Soeben hat nun der Verband deutscher und österreichischer Eisenbahnbeamten-Vereine sich mit einem Vorschlage beschäftigt, der von einem Amtsrichter in die Form eines Gesetzentwurfes gebracht worden ist und zunächst dem preussischen Justizminister unterbreitet werden soll. Danach soll für jeden größeren Eisenbahn-Verwaltungsbezirk ein Eisenbahnunfallamt, bestehend aus zwei höheren Eisenbahntechnikern und zwei im Eisenbahnbetrieb unmittelbar thätigen Beamten unter dem Vorstehe eines Richters, gebildet werden. Dieses Amt soll jeden Unfall, der in seinem Bezirke vorkommt, prüfen und ein Gutachten darüber erlassen, welches der Hergang bei dem Unfälle war, welche mangelhaften Einrichtungen bei dem Unfälle hervorgerufen sind, und wie eine Besserung zu erzielen ist, durch wessen Fahrlässigkeit der Unfall verursacht ist, und ob der Schuldige strafgerichtlich oder disciplinär verfolgt werden soll, ob der Schuldige fahrdienstpflichtig gemacht werden soll, und welchen Personen für ihre Thätigkeit bei Abwendung der Unfallgefahr eine Belohnung gewährt werden soll. Wenn ein Eisenbahnbeamter beschuldigt wird, einen Unfall verursacht zu haben, so soll er verlangen können, daß vor Erstattung des Gutachtens ein bestes von ihm einzureichendes Mitglied dem

Unfallamte mit beratender Stimme hinzutritt. Der Beschuldigte selbst muß gehört werden. Die Beisitzer sollen, soweit irgend möglich, der Verwaltung, für die das Amt errichtet ist, nicht angehören. Die Staatsanwaltschaft und das Gericht sollen an das Gutachten nicht gebunden sein, die Eisenbahnverwaltung dagegen soll nicht berechtigt sein, entgegen dem Gutachten ein Verfahren gegen einen Beamten einzuleiten oder die eingeleitete Untersuchung fortzusetzen. Dies ist im wesentlichen der Inhalt des Gesetzentwurfes, der im Interesse der Betriebsbeamten an allen Stellen, welche sich mit ihm zu beschäftigen haben werden, die größte Beachtung verdient.

Wir haben bereits vor mehreren Jahren auf diese Uebelstände hingewiesen und damals den Vorschlag gemacht, Eisenbahnunfälle in analoger Weise zu untersuchen und zu beurteilen, wie es heute bei Seeunfällen durch die Seerichter geschieht. Wir erkennen mit Genugthuung an, daß sich der vorliegende Entwurf im ganzen und großen auf derselben Bahn bewegt, nur können wir mit einigen Punkten uns nicht einverstanden erklären. Zunächst mißfällt uns die Befehlung des Amtes durch „zwei höhere Eisenbahntechniker und zwei im Eisenbahnbetriebe unmittelbar thätige Beamte“, weil durch diese Bestimmung die Zahl der Beisitzer zu sehr beschränkt wird. Im Seerecht fungieren als Beisitzer vier Gelehrte, die während einer langen Fahrzeit Gelegenheit genug gehabt haben, Erfahrungen zu machen, aber es wird von ihnen nicht verlangt, daß sie noch im activen Schiffsdienst stehen. In jedem größeren Bezirk werden sich gewiß ältere erfahrene Eisenbeamte finden, die sich zu Beisitzern sehr gut eignen, und wir würden auch gar nichts dagegen haben, wenn auch solche Herren herangezogen würden, welche sich bereits im Ruhestande befinden, da diese naturgemäß viel freier und unabhängiger dastehen, als Beamte, die noch im Dienst sind.

Einen zweiten Mangel finden wir darin, daß das Amt des Anklägers vergessen ist, welches bei dem Seerecht der Staatsanwaltschaft vertritt. Hier müßte ein höherer Eisenbahnbeamter in Function treten und zwar ersucht es praktisch, denselben aus dem Bezirk zu nehmen, in welchem der Unfall passiert ist, allerdings ist darauf zu achten, daß für ihn etwa die Befähigungen gelten, die für Seeschworense festgelegt sind. Auch in der Festsetzung der Befugnisse des Eisenbahn-Unfallamtes können wir nicht ganz mit dem Entwurf uns einverstanden erklären. Das Amt sollte sich darauf beschränken, festzustellen, durch welche Umstände der Unfall hervorgerufen ist und wem die Schuld beizumessen ist. Ob das Vergehen disciplinär oder strafrechtlich zu bestrafen ist, kann dem Unfallamt gleichgültig sein, es ist Sache der Staatsanwaltschaft und der betreffenden Direction, Vertreter zu der Verhandlung zu deputieren, die dann, wie das heute schon beim Seerecht geschieht, ihre Entscheidungen auf Grund der Verhandlungen fassen. Nur eine Befugnis allerdings wünschen wir dem Amte überwießen zu sehen, die Bestimmung darüber, ob dem betreffenden Urheber des Unfalles die Qualifikation, weiter im Betriebe Dienst zu thun, erhalten oder abgeprochen werden soll. Auch das Seerecht ist

in dieser Sache zuständig und nach unserer Erfahrung hat sich die Rechtsprechung des Seerichtes betreffend die Entziehung des Patents bis jetzt sehr gut bewährt. Selbstverständlich wird das Unfallamt in seinem Urtheilsprüche hervorheben dürfen, wenn sich ein Beamter tüchtig und umsichtig bei einem Unfälle benommen hat, das geschieht heute auch schon von den Seerichtern.

Nügen nun die Vorschläge der Eisenbahnbeamten mit oder ohne Modificationen angenommen oder durch bessere Vorschläge ersetzt werden, etwas muß auf jeden Fall geschehen, wenn den Eisenbahnbeamten die Freude an ihrer Thätigkeit und die Zufriedenheit mit ihrer Stellung erhalten werden soll.

## Deutschland und Björnsons Drenfus-Enthüllungen.

In Wiener Blättern veröffentlicht der schwedische Dichter Björnsterne Björnson ein wortreiches Schreiben, in dem er die „Enthüllungen“ rethorisiert, die er vor längerer Zeit auf Grund einer Mittheilung des Münchener Malers v. Lenbach über die Drenfus-Angelegenheit gemacht hat. Der Kern der Sache ist bekanntlich der, daß der Reichskanzler Fürst Hohenlohe im Privatgespräch die Unschuld des Drenfus bestätigt habe. Mann dieses Gesprächs stattgefunden hat, erzählt man leider nicht. Dem deutschen Publikum wurde nichts Neues mitgeteilt, nachdem Staatssecretär v. Bülow in der Reichstags-Sitzung vom 8. Februar das Gleiche mit größter Bestimmtheit erklärt hatte. Herr v. Bülow hatte gesagt, Drenfus habe mit deutschen amtlichen Stellen keinen Verkehr gehabt. Daraus ergibt sich, daß falls er wegen des Verrathes von Dienstgeheimnissen an Deutschland verurteilt ist, die Verurteilung einen Unschuldigen getroffen hat. Ob Drenfus, der sich im französischen Generalliste in der ausgemerkten Gesellschaft der Henry, du Paty de Clam, Boisdorff u. s. w. befand, auch in anderer Hinsicht unschuldig ist, darüber hat sich der Staatssecretär des Auswärtigen jedes Urtheils enthalten und Fürst Hohenlohe hat offenbar auch nichts anderes sagen wollen, als daß Drenfus Deutschland nicht gebietet habe. Ob Eckerhartz der Schuldige ist, bleibt selbstverständlich ungesagt. Die Voraussetzung, von der die militärische Spionage ausgeht, ist eben der Verdacht.

Sachlich Neues hat also Herr Björnson nicht veröffentlicht, obgleich er sich gewissermaßen als Opfer seiner Wahrheitsliebe präsentiert. Und als solches macht er der deutschen Regierung Vorwürfe, weil sie die französische Regierung und das französische Volk über die wahre Sachlage nicht aufklärt habe. „Auf der einen Seite der Grenze“, schreibt der norwegische Dichter, „ein Volk, das nach Wahrheit hungerte, ja drauf und dran war, ein Verbrechen zu begehen, auf der anderen Seite der Grenze ein Volk, das Ueberfluth daran hatte, jenem aber nicht zu Hilfe kam.“

Diese Darstellung ist, wie jedermann weiß, der die Vorgänge der letzten Monate beobachtet hat, von Grund aus falsch. Das französische Volk in seiner großen Mehrheit — insofern dasselbe durch die geschickliche Vertretung repräsentiert ist — dürfte bisher durchaus nicht nach Wahrheit in Sachen

„Beinahe — ich hatte mich im Walde verirrt — weiter ist nichts passiert.“

Der Rath schüttelte ernst den Kopf.

„Ich habe damit erreicht, was ich wollte“, fuhr Gisela fort. „Gottlob, ich bin todmüde geworden und werde gewiß tief und lange schlafen. Wenn du morgen mit mir einen stundenlangen Ritt machen wolltest, so würde ich dir sehr dankbar sein, Onkel.“

„Warum alles so übertreiben, mein Kind?“

„Weil man dadurch am ehesten zur Ruhe kommt. Körperliche Uebermüdung legt den Geist lahm und stumpft auch das Gefühl ab. Am liebsten mischte ich mich unter die Hölzler und arbeitete im Walde. Das geht aber leider nicht, da ich zufällig ein Fräulein v. Belendorf bin.“

„Der Name kommt dir nicht mehr zu, mein Kind“, betonte der Rath, und er that es mit voller Absicht.

Ihre Augen gingen weit auf. Sie sah ihn mit einem Gemisch von Betroffenheit, Kränkung und Zorn an. „Onkel!“ rief sie in einem Tone, der diese Empfindungen wiedergab.

„Es wäre an der Zeit, dich darauf zu besinnen“, sagte er ernst. „Greif an die Wunde und thue das Gift heraus, das Mißtrauen, die Zweifelsucht, die du dir selbst hineingeträufelt! Und brauchst du einen Arzt — so nimm mich dazu — ich meine es gut mit dir.“

„Aber Du kannst mir nicht helfen — Niemand kann mir helfen! An mein Herzeleid habe ich so oft gerührt, daß ichs leid bin, mir nutzlos immer wieder wehe zu thun. Scheinbar trage ich die Schuld an meinem Unglück — Scheinbar! Thatsächlich ist's ein Anderer. Einer, der mit brutaler, grausamer Hand ein zartes Leben geknickt, wenn nicht — vernichtet hat!“

„Wer sagt das — wer sag's?“ rief der Rath streng dazwischen.

Aber Gisela hörte nicht darauf. Mit fliegendem Athem fuhr sie fort: „Davor — vor einem ähnlichen Geschehnisse will ich mich bewahren! Daß ich's that und wie ich's that, ist meine Sache — ich habe schwer an dem „zu spät“ zu leiden — denn Alle, die mich lieben, haben sich nun von mir gewandt — und als letzter nun auch du!“

Sie war aufgestanden und im Zimmer umhergegangen, lehnte sich jetzt auf folgende wieder. Sie fühlte sich in der That todmüde.

(Fortsetzung folgt.)

## Ein Hochzeitstag.

Roman von H. Palmé-Payson.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Nun werden wir wohl bald aus dem Walde heraus sein“, meinte Gisela.

„Leider — ja“, antwortete er. „Es klang wie ein Seufzen, und Gisela lachte leise auf.“

„Nehmen Sie es nicht übel, aber menschenfreundlich sind Sie nicht“, bekannte sie ihm offen. „Sagen Sie denn gar kein Mitleid mit meiner Ermüdung?“

„Das allergrößte, aber ich bin ein colossaler Egoist.“

„Das sind die Männer alle“, sagte sie scharf, und ihre Stirn verfinsterte sich. Wie ein Druck legte sich's plötzlich wieder auf ihr Hirn. Hatte sie nicht eben gelacht? Wie war das möglich — wie konnte sie überhaupt schon wieder anders denken und sprechen als das Eine — immer nur das Eine, das ihr doch wie ein Stachel im Herzen saß? Ah, bah, fort damit, mit dem beißenden Gram in der Brust. Wurde der nicht schlummer durch das ewige Gegrübel, und erträglicher durch gewaltig herbeigeführte Zerkleinerung?

... Diese Stunde hatte es gelehrt.

Sie sah jetzt ihren Begleiter nochmals an. So hell war es noch, daß sich seine schlanken elegante Gestalt und das frische männliche Gesicht ihrem Gedächtnis einzuprägen vermochte. Sie sah, daß er ein hübscher Mann war.

Auf ihre Bemerkung hin hatte er frisch aufgelacht.

„Es kommt doch darauf an, aus welchen Empfindungen dieser unsern ganzen Gesichts von Ihnen ausgeübte Egoismus hervorgeht.“

„D, es bleibt immer dasselbe“, klang es kategorisch zurück.

„Aber in diesem Falle doch nicht, mein gnädiges Fräulein.“

„Auch in diesem Falle. Sie brauchen das Compliment nicht erst auszusprechen, das Ihnen auf der Zunge saß, Herr Lieutenant — nebenbei gesagt, Sie machen reichlich viel Complimente.“

„D, Pardon, Pardon, gnädiges Fräulein, habe ich mir Ihre Ungnade dadurch zugezogen?“

„Beinahe.“

„So soll es niemals wieder geschehen. Ich verpreche —“

„Verprechen Sie nichts“, mahnte Gisela. „Eine Angewohnheit läßt sich nicht in vierundzwanzig Stunden ablegen.“

„Aber, meine Gnädigste!“

„Lieutenant Fienning war doch Giselas Grabstein ganz außer Fassung gebracht. Das Blut jagte ihm über Stirn und Wangen. Er fühlte sich erjürrt und dabei doch ganz und gar von ihr gefesselt.“

Gerade bei diesem schnellen Hin und Her war's, als Gisela auf dem glatten nadelbestreuten Boden ausglitt und fast gefallen wäre, wenn die behenden Arme des jungen Offiziers sie nicht gehalten hätten.

„D, das war dumm — das war sehr ungeschickt von mir“, rief sie.

„Nein, ungeschickt von mir, wenig chevaleresk, Sie nicht geführt, Ihnen nicht meinen Arm angeboten zu haben, gnädiges Fräulein. Gestatten Sie ich?“

„Ich danke“, wehrte Gisela mit einer stolzen Kopfneigung ab. Und sie ging nun langsamer dahin.

Sie befanden sich jetzt in einer langen, auf die Landstraße führenden Schneise, welche den Wald mitten durchschnitt.

„Jetzt zu Pferde — dann wären wir bald am Ziel“, sagte Gisela, das plötzlich eingetretene Schweigen unterbrechend.

„Auch ohne diese gar bald“, bedauerte er.

„Sie werden ein vorzüglicher Reiter sein?“ bemerkte sie.

„Als Cavalierist kein großes Verdienst. Gnädiges Fräulein reiten auch?“

„Ja, und leidenschaftlich gern.“

Und nun sprach man von Pferden und Reitkünsten, ein Thema, das bei einem Cavalieristen nicht leicht ein Ende findet.

So wollte es Gisela. Ihr Begleiter erzählte, und sie hörte zu — oder that nur so.

Der Wald lag nun hinter ihnen, und mit den ersten sichtbar werdenden Häusern wurde man seinem Zauber entrückt und in das Getriebe der Welt gezogen.

Eine kurze Strecke noch, und das in Grün gebettete Bestium des alten Rathes war erreicht. Hier wurde Abschied genommen. Der Offizier widerstand der großen Versuchung, Gisela dabei die Hand zu reichen, er grüßte verbindlich mit großer



**Drenfus; im Gegentheil, die Mehrheit der Kammer hat dem Ministerium Brillon nur deshalb ein Vertrauensvotum erteilt, weil der Kriegsminister Cavagnat sich für die Schuld des Drenfus verbürgte. Und diese Franzosen wollen „Herren im eigenen Hause sein“, d. h. sie wollen nicht, daß ihnen, oder, was dasselbe ist, ihrer Regierung von auswärts der Staat gestochen werde. Deshalb sind die Enthüllungen Björnsens ebenso wirkungslos geblieben, wie die Erklärung des Herrn v. Bülow im Reichstage. Die Zahl derjenigen, die durch active oder passive Mitwirkung bei dem Prozeß Drenfus an dem Justizmord mitschuldige sind, ist zu groß; die Entlastung derselben würde auf die maßgebenden militärischen und politischen Kreise ein allzu grelles Licht werfen. Ein offizielles Zeugnis der Reichsregierung für den Unschuldigen und gegen die Schuldigen würde demnach in den Augen der französischen Nation als ein Attentat des Auslandes gegen den französischen Generalstab erscheinen sein. Und wenn sich überhaupt eine Persönlichkeit gefunden hätte, die das Zeug zu einem Militärdictator hat, so hätte eine solche sich nur durch kriegerische Verwickelungen behaupten können.**

Wahrheitsliebe ist an sich sehr lobenswerth; aber man soll niemandem die Wahrheit aufdrängen, die er nicht wissen will. Und deshalb hat unserer Ansicht nach die deutsche Regierung wohl daran gethan, sich in den Streit der Verteidiger und der Ankläger von Drenfus nicht mit einer Miene einzumischen, ja, die Verurteilung, Zeugnis abzugeben, mit Bestimmtheit zurückzuweisen. Wenn das französische Volk „nach Wahrheit hungert“, so ist es Mannes genug, sich aus Eigenem zu sättigen. Und es scheint ja auch auf dem besten Wege dazu zu sein.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 7. Oktober.

### Zur Reiche'schen Waffengebrauchsvorschrift.

Zur Unterstützung der Verfügung des Ministers des Innern, welche den Polizeibeamten das Schießen mit dem Seitengewehr untersagt und sofortiges Schießen vorschreibt, citirt die „Augsburger“ zwei Entscheidungen des Reichsgerichts, wonach das Schießen mit dem Seitengewehr in Fällen, in denen der Gebrauch der Waffe befohlen ist. Die neue Vorschrift des Ministers des Innern aber soll verhindern, daß seitens der Borgeheben das Schießen mit dem Seitengewehr befohlen wird. Die Verfügung auf das Reichsgericht ist also nicht zureichend. Wenn jetzt zur Sache behauptet wird, der Erlaß vom 22. Juni sei gar kein „vertraulicher“ gewesen, der „Vorwärts“ — oder sein Hintermann — habe das „vertraulich“ nur sensationshalber hinzugefügt, so muß man erst recht fragen, weshalb der Minister den Erlaß nicht sofort veröffentlicht hat, nachdem der kaiserliche Staatsanwalt in öffentlicher Gerichtsitzung von der Ertüchtung einer neuen Verfügung gesprochen und dadurch die Aufmerksamkeit auf diese Frage gelenkt hat.

### Socialdemokratie und Zollpolitik.

Stuttgart, 7. Okt. Auf dem socialdemokratischen Parteitag referirte gestern Schippel über deutsche Zoll- und Handelspolitik und resumirte sich dahin, daß die Frage: Schutzoll oder Freihandel, niemals eine Klassenfrage der Arbeiterschaft sein könne. Je nach dem Standpunkte seien die Arbeiter in den einzelnen Ländern schutzhändlerisch oder freihändlerisch, und sie hätten recht daran, dagegen empfindet er eine Resolution, die die Socialdemokratie festlegt gegen die Lebensmittelliste; ferner müßten die Socialdemokraten für die Handelsverträge sein und jede Zollherhöhung ablehnen. Auf Bebels Vorschlag wurde für die Vertreter abweichender Meinungen ein Correspondent ernannt in der Person von Rautskil.

### Zur Drenfusaffäre.

Paris, 7. Okt. Advokat Labori ersuchte den Generalstaatsanwalt und den Kriegsminister, unter Berufung auf die lex Constant, Picquart besuchen zu dürfen, da er ihm eine dringende geheime Mitteilung machen müsse.

Rom, 7. Okt. Die „Capitale“ veröffentlicht die Zufahrt einer angeblich vertrauenswürdigen Person, welche feststellt, daß das Dreyfus-Geschäft in Rom gewesen und gesagt habe, er sei deshalb nach Rom gekommen, um einige wichtige Dokumente über seine Person in Sicherheit zu bringen. Abends sei er in einem Wagen erster Klasse in Gesellschaft einer Dame nach Genua abgereist.

### Der Ausstand in Paris.

nimmt immer größere Dimensionen an. Die Ausständigen hielten im Laufe des gestrigen Nachmittags mehrere Versammlungen in der Arbeiterbörse ab. Dann zog ein Haufe zur Rue de Rivoli und versuchte dort die Pflasterarbeiter am Arbeiten zu hindern. Die Polizei schritt ein und nahm vier Verhaftungen vor. — Ueber die weiteren Vorgänge am gestrigen Tage wird berichtet:

Paris, 7. Okt. Einige Hausen Ausständiger durchzogen heute Vormittag die äußeren Stadttheile und Ortschaften innerhalb der Bannmeile und veranlaßten einige Ausländer und Maurer, die Arbeit niederzulegen. Einige unbedeutende Zusammenstöße fanden statt, wobei zwei Personen verundet und mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. Die besonderen Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Ordnung werden aufrecht erhalten. Die Truppen halten die Arbeitsplätze besetzt. Die allgemeine Lage ist unbedeutend. Auch ein Theil der Fuhrleute, welche den Straßenverkehr abfahren, ist in den Ausstand eingetreten, so daß an verschiedenen Punkten der Stadt die Schmutzkästen nicht entfernt wurden.

Paris, 7. Oktober. Die Streikenden versuchten wiederholt an verschiedenen Werkstätten die Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit zu verleiten und warfen mehrere Karren in die Seine. Die Vereinigung der Unternehmer öffentlicher Arbeiten beschloß, darin einzumilligen, daß die Erdarbeiten durch die Stadt Paris unmittelbar den Sachmeistern übergeben werden. Das Syndical der Maurermeister richtete an den Minister des Innern einen Protest wegen der Gewaltthätigkeiten der Streikenden gegen ihre Arbeiter und verlangte Sicherung der Baupläne und Schutz der Arbeiter.

### Ein Anti-Anarchisten-Congreß.

Seitdem die Kaiserin von Oesterreich dem Messer eines Mordbuben zum Opfer gefallen, ist wieder einmal von der Berufung einer diplomatischen Konferenz die Rede, welche wirksame Maßregeln gegen die Anarchisten berathen soll. Der Umstand, daß Eucherio von Geburt Italiener ist, scheint der italienischen Regierung den Gedanken nahe gelegt zu haben, die Initiative in dieser Richtung zu ergreifen. An sich hat gewiß niemand gegen eine schärfere Handhabung der Sicherheitspolizei etwas einzuwenden; aber daß mittels einer solchen der Anarchismus als solcher wirksam bekämpft werden könnte, erscheint einigermaßen zweifelhaft. In dem Eucherio'schen Falle lag die Schuld zweifellos nicht an der schweizerischen, sondern an der österreichischen Polizei, die es für unbedenklich hielt, die Kaiserin auf ihren Ausflügen in der Schweiz ohne jede Bewachung zu lassen. Bekanntlich hat die Kaiserin diesen Sommer zur Kur in Bad Nauheim auf deutschem Boden gewohnt. Aber trotz ihrer Abneigung gegen politischen Schutz hat es sich die preussische Polizei, wie Aurgaste berichtet haben, nicht nehmen lassen, jeden Schritt des kaiserlichen Gastes sorgfältig zu überwachen. In Genua hat offenbar die dortige Polizei eine derartige Verpflichtung nicht empfunden, da die österreichische Polizei sich um die Sicherheit der Kaiserin in einem Hotel abgefeigerten Kaiserin nicht kümmerte.

Bei dieser Sachlage ist die Genfer Mordthat kaum ein geeigneter Anlaß zur Erörterung von internationalen Maßregeln gegen die sogenannten Anarchisten. Was an den Gerüchten von einem Complot, dem Eucherio angehört habe, zureichend ist, wird erst die Gerichtsverhandlung klar stellen. Gleichwohl besteht sicherlich auf keiner Seite ein Bedenken dagegen, daß zwischen den Polizeiverwaltungen der einzelnen Staaten Erörterungen über eine bessere Ueberwachung der sogenannten Anarchisten und namentlich über die Schaffung einer Centralstelle für Nachrichten über Anarchisten gepflogen werden, so daß in Zukunft die Mitglieder dieser sauberen Junst sich der Beobachtung durch Ueberschreitung der nächsten Landesgrenzen nicht so leicht entziehen können. Darüber hinaus aber erscheint jede weitere Veranstaltung überflüssig, wenn nicht bedenklich. Was ein Anarchist ist, darüber werden Polizeibeamte keinen Augenblick im Zweifel sein. Weniger sicher aber ist es, ob die principielle Frage, wer ein Anarchist sei, in absehbarer Zeit gelöst werden kann. Wie mißverständlich das Thema ist, hat ja schon die Meldung bewiesen, die Türkei habe sich bereit erklärt, an der Anarchisten-Conferenz Theil zu nehmen, in der Hoffnung, dabei eine Handhabe zur Unterdrückung der armenischen und der jungtürkischen Agitatoren zu gewinnen.

### Die italienische Anarchistennote.

Rom, 7. Okt. Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht den Wortlaut der Note des Ministers des Aeußeren Canevaro an die Vertreter Italiens bei den Mächten, betreffend die internationale Konferenz gegen die Anarchisten. Die Note betont die Nothwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens angesichts der wachsenden Gefahr der Verbreiten, zumal die bisherigen Mittel der einzelnen Regierungen, nämlich stricte Durchführung der Gesetz- und stellenweise Ausnahmegeetze, sich als ungenügend erwiesen. Die Regierungen müßten sich gegenseitig Beistand leisten auf der Grundlage eines Systems, das in allen Einzelheiten wohl erwogen sei. Die letzten gräßlichen Schandthaten hätten die italienische Regierung bewogen, die Initiative zu einer Konferenz zu ergreifen. Die bisherige Aufnahme dieser Initiative zeige, daß im wesentlichen die Anschauung Italiens getheilt werde. Auf der Konferenz müßten die Mächte aber nicht nur durch diplomatische, sondern auch durch technische Beamtete der Ministerien der Justiz und des Innern vertreten sein.

Rom, 7. Okt. Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußeren hat dem italienischen Botschafter in Wien in einer Note mitgetheilt, Oesterreich-Ungarn begrüße die Initiative Italiens beifällig und werde sich in der Konferenz zur Berathung von Maßnahmen gegen die Anarchisten vertreten lassen. Auch der französische Minister hat sich, der „Ag. Stefani“ zufolge, für die Theilnahme Frankreichs an der genannten Konferenz ausgesprochen.

### Zuspühung der Lage auf Areta.

Paris, 6. Okt. Die „Agence Haas“ berichtet: Der französische, der russische und der italienische Admiral vor Areta erboten Verstärkungen. Die betreffenden Mächte beschloßen, dieser Bitte nachzukommen, Frankreich wird 800 Mann und 2 Geschütze abgehen lassen, ohne die Antwort des Sultans auf die Note der Mächte abzuwarten. England wird keine Verstärkungen entsenden, da es vor Areta genügend Streikräfte hat.

### Die Rückkehr des Siegers von Omdurman.

Rairo, 7. Sept. Der Sirdar Lord Kitchener-Pasha ist gestern hier eingetroffen. Auf dem Bahnhofe hatten sich zum Empfang die ägyptischen Minister und die Gläbe der britischen und ägyptischen Truppen eingefunden. Bei dem Ritt durch die Straßen, in denen britische Truppen Spalier bildeten, wurde der Sirdar mit lautem Jubel begrüßt. Der General hatte dann eine Besprechung mit Lord Cromer, wahrscheinlich über die Fashodafrage. Den Weg von Aharium nach Rairo legte Kitchener in 74 Stunden zurück; die Eisenbahnfahrt vom Aharium nach Wadefasha nahm 18 Stunden in Anspruch. Die Zahl der im Hospital in Rairo befindlichen kranken Soldaten beträgt 700.

### Deutschland und die chinesische Aflris.

Berlin, 7. Okt. Zu der Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Taku wird der „Aöln. Ztg.“ geschrieben: Der Meldung werde eine übertriebene Bedeutung beigelegt. Namentlich sei es unzutreffend, daß Deutschland der Möglichkeit eines Einsiedelens in China näher gerückt sei. Die Lage in China sei sehr kritisch, aber gerade die Leichtigkeit, mit der die Befestigung des Reiches von China vorgenommen wurde und des Ausbleibens jeden Widerstandes gegen die Palastrevolution zeige, daß die Centralgewalt in Peking so stark sei, daß auch in schweren Zeiten nicht alles drunter und drüber gehen werde. Sollte indessen der Aufstand sich ausbreiten und sich an die europäischen Truppen heranwagen, so werden England, Deutschland und Rußland gemeinsam in kürzester Zeit so viel Landungstruppen zur Hand haben, daß die Sicherheit der europäischen Niederlassungen verbürgt werden kann.

London, 7. Okt. Wie die „Times“ unter dem 4. Oktober aus Peking meldet, ist die Wiedereinführung der Regentenschaft eine vollendete Thatsache. Die Kaiserin - Wittve empfängt täglich, neben dem Kaiser sitzend, die Minister, und zwar öffentlich und nicht, wie früher, hinter einem Schirm. Die Regierung hat einen mehr fortschrittlichen Charakter. Im Tjungli-Yamen befindet sich ein Mitglied, welches mit den auswärtigen Angelegenheiten Befcheid weiß. Das thätigste Mitglied ist Hsu-Yung-Yi, welcher erklärte, daß zum Vorstehenden der früheren Gesandten in Rußland Hsu-Tching-Tscheng ernannt werden solle. Die Russen begrüßen den Wechsel der Regierung mit Freuden, da ihr Einfluß in Peking dadurch im Wachsen begriffen ist. Es ist jetzt bestätigt, daß den unmittelbaren Anlaß zur Uebernahme der Regierungsgewalt durch die Kaiserin-Wittve ein erwartetes Edict gegeben hat, durch welches den Beamten befohlen werden soll, die Töpfe abzuschneiden und europäische Kleidung anzulegen.

Peking, 6. Okt. Die Herbeiführung fremder Militärabtheilungen nach Peking hat hier in amtlichen Kreisen Unbehagen hervorgerufen. Die drei hervorragenden Mitglieder des Tjungli-Yamen stellten heute auf den Gesandtschaften Besuche ab und baten dort, die Befehle zur Entsendung von Truppen rückgängig zu machen, zugleich mit dem Hinweis darauf, daß die Anwesenheit fremder Truppen möglicherweise die Bevölkerung erregen könnte. Vereinzelt Fälle von Auswanderungen der chinesischen Bevölkerung gegen Europäer sind noch vorgekommen, doch wird denselben keine Bedeutung beigelegt. Es wird eine Proclamation verlesen werden, in der jeder Chinese, welcher einen Europäer insultirt, mit Todesstrafe bedroht wird.

Die Gesandten der europäischen Mächte machten dem Tjungli-Yamen bekannt, sie erwarteten Erleichterungen für den Truppentransport und verlangten hierzu die Bestellung von Sonderzügen.

### Niedermechelung amerikanischer Truppen durch Indianer.

Newyork, 6. Okt. Eine Depesche aus Walker meldet: Gestern fand in Minnesota 30 Meilen von Walker ein heftiger Kampf zwischen Truppen der Vereinigten Staaten unter General Bacon und Indianern statt. Bacon wurde mit seiner gesamten Mannschaft, die man auf 100 Mann schätzt, niedergemetzelt. Von Washington wurde die Abendung einer Verstärkung von 5000 Mann erbeten.

Amliche Nachrichten aus Minnesota bestätigen die Meldungen über einen Indianeraufstand. Wenn auch noch nicht feststeht, ob die Gerüchte von der Niedermechelung des Generals Bacon mit seinen sammlischen Leuten auf Wahrheit beruhen, so sind doch Anordnungen zur Entsendung von Verstärkungen ergangen. 200 Soldaten sollten gestern früh abgehen.

Saint Paul, 7. Okt. (Tel.) Die Truppen des Generals Bacon sollen sich verjagt haben und vorläufig ausreichende Munition besitzen. Nach den letzten Berichten sind nur ein Major und sechs Mann getödtet worden. Der Kampf dauert indessen fort. Die Indianer verloren bisher vier Mann an Todten und zwei an Verwundeten.

Washington, 7. Okt. (Tel.) Das Departement des Innern erhielt ein Telegramm, daß die von Fort Snelling entlassenen Verstärkungen nicht genügen. Es sind in Folge dessen weitere Truppen nach Walker beordert worden.

Newyork, 7. Okt. (Tel.) Den letzten Berichten aus Walker zufolge ziehen die Indianer große Verstärkungen heran und haben sich allgemein erhoben. Zu ihrer Bekämpfung sind ca. 1000 Mann erforderlich.

Die Lage ist also jedenfalls sehr ernst. Was den Anlaß zu dem Indianeraufstande gegeben hat, darüber liegt noch keine Meldung vor.

### Deutsches Reich.

Berlin, 7. Oktober. Der Kaiser verleiht am 9. Oktober in Potsdam dem neu errichteten Seebataillon in Rantzschau eine Fahne, deren Nagelung und Weihe im Stadtschloß stattfindet.

Berlin, 6. Okt. Der Reichstag wird, wie zuverläßig verlautet, um die Mitte des November, wahrscheinlich am 15., einberufen werden.

Ein Offizier über die Politik in Kriegervereinen. Gegen die spibindende neuere Art der „Reinigung“ von Kriegervereinen wendet sich ein „alter Offizier“ in der nationalliberalen „Straßb. Post“. Die Aufgaben, die die Kriegervereine sich gestellt, hindern bisher nicht, daß die einzelnen Mitglieder, besonders wenn sie in ein höheres Lebensalter übertraten, in politischer Beziehung sich der einen oder der anderen Richtung zuwendeten, also conservativ, national-liberal, freisinnig oder centrunsangehörig waren. Sie konnten dabei die gestellten Aufgaben von Vaterlandsliebe, Kameradschaft, sowie Treue zu Kaiser und Reich wohl erfüllen, denn in den Kriegervereinen hatten sie mit der Politik des Tages nichts zu thun. Wenn nun jetzt seitens einzelner Behörden nach der politischen Richtung der Kriegervereinsmitglieder geforscht wird, so muß man dies als zu weitgehend und die ganze Einrichtung in hohem Maße schädigend bezeichnen. Wie aus Zeitungsberichten hervorgeht, ist der Freisinn bereits an die Reihe gekommen und ein preussischer Landrath — in Gardelegen — hat sich schon nach freisinnigen Mitgliedern in einem Kriegerverein erkundigt. Wenn eine solche Nachforschung noch weiter ausgedehnt werden sollte, so würde sie leicht in eine Spioniererei innerhalb der Kriegervereine ausarten, welche die Zerstörung der Kameradschaft zur nothwendigen Folge haben müßte und den Zerfall dieser vaterländischen Vereine nach sich ziehen würde. . . . Politik gehört nun und nimmermehr in die Kriegervereine; wo dies der Fall wäre und Politik getrieben würde, müßten sie sofort aufgelöst werden.

Ein feilsamer Vorgang wird aus Straßburg berichtet. Dort ist ein protestantisches Kind deutscher Reichsangehörigkeit, das vom Vater in Deutschland zur Erziehung untergebracht worden war, ohne Vorwissen des Vaters durch Verfügungen eines deutschen Amtsgerichts zunächst in ein katholisches Kloster verschickt und dann nach Frankreich an eine russisch-französische Familie jüdischen Glaubens ausgeliefert worden. Die „Straßb. Post“ ist über dieses Ereignis, das sie nach den Acten erzählt, entrüstet und ruft das Eingreifen des Reichskanzlers an wie folgt:

Wir hoffen, daß es den diplomatischen Behörden Deutschlands, an die der Vater sich nun wenden muß, gelingen wird, diesen schmerzlichen Mißgriff eines

deutschen Gerichtes sowohl möglich wieder auszu gleichen und einem deutschen Reichsangehörigen, auf wenn er in Paris wohnt, zu ermöglichen, seinen Kinde eine deutsche Erziehung in seinem protestantischen Glauben zu geben.

[Zur Fleischtheuerung in Oberschlesien] schreibt man der „Bresl. Ztg.“ aus Beuthen: „In welchem Umfange hier die Bevölkerung unter dem Fleischmangel zu leiden hat, kann man daraus ersehen, daß sich bereits Unternehmer gefunden haben, die gegen ein geringes Entgelt Führen nach der Grenze für diejenige Bevölkerung, die sich zollfreie Stückchen Fleisch herüberholen will, stellen und sich eines sehr zahlreichen Zuspruches erfreuen.“

Nach dem Zolltarifgesetz können im Grenzgebiet 2 Kilogramm Fleisch zollfrei eingeführt werden, was der freiconservativen Abgeordnete Camp im Abgeordnetenhause kurzweg als „Unfug“ bezeichnet hat.

[Prof. Dr. Förster über Kaiserin Elisabeth.] Man kann wohl sagen, daß der Antisemit Prof. Förster dem Attentat auf die unglückliche Kaiserin eine neue Seite abgemonnen hat. Daß die Kaiserin Heinrich Heine mit Vorliebe gelesen hat, erscheint ihm sehr bedenklich. Und so faßt er in der extrem - antisemitischen „Deutschen Reform“ (2. Oktober) Folgendes:

„Wir erlauben uns um der Wahrheit willen die Bemerkung, daß uns solche Verehrung als geistige Schwäche oder Krankheit erscheine. In der „Welt“ ist dafür der Ausdruck „Eccentricity“ üblich, den die Kaiserin selbst von sich nicht ablehnte; nennen wir diese Form der Abweichung von dem geistig gefundenen Stande „Heinastie“. Sie durchsucht sehr breite Kreise, zumeist die da oben. Kronprinz Rudolf war von ihr ergriffen, als er die bloße Stimmung, die spielende Schwärmerei in die That umsetzte. Und Eucherio ist nur von der größten Form der Krankheit befallen; bei ihm nimmt sie den widerwärtig proletarischen, nicht süßlich durchstulsten Ansich an. Auch er ist „eccentric“, d. h. es giebt für ihn kein Centrum mehr, keinen sittlichen Halt, kein Sittengesetz. Um sein Selbst dreht sich die Welt, und sogar durch einen feigen Mord meinte er seine Eitelkeit und die Wollust der Rache und Jä-Gelichheit befriedigen zu dürfen.“

Für das Leben der Kaiserin, Kronprinz Rudolf und Eucherio einen gemeinsamen Inhalt zu finden, — diese Triobilität war nur in diesem Lager möglich!

Glogau, 7. Okt. Das hiesige Schwurgericht verhandelte gestern gegen die drei Rädelführer des großen Straßenkrawalles am Tage der Reichstagswahl. Das Urtheil gegen den Arbeiter Greulich und den Arbeiter Grande wegen schweren Landfriedensbruchs lautete auf fünf Jahre bezw. drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, gegen den Arbeiter Feld wegen einfachen Landfriedensbruchs auf ein Jahr Gefängnis.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 6. Okt. Der holländische Pianist Sieveking, welcher im August in Jäh wegen des bekannten Dorfalls verhaftet worden war, wurde vom Kreisgericht zu Mels von der Anklage der Beleidigung der katholischen Kirche durch Unterlassung des Hutabnehmens vor einem amfrenden Geistlichen und Religionsstörung freigesprochen, dagegen wegen Beleidigung der Geistlichen bei Ausübung einer kirchlichen Handlung durch den Ausdruck „Lump“ zu drei Tagen einfachen Arrest verurtheilt.

### Asien.

[Einzelheiten über die Absehung des Kaisers von China.] Die „Central News“ will aus Peking folgende Einzelheiten über die Absehung des Kaisers erfahren haben: Der Kaiser wollte die Kaiserin-Wittve entfernen. Truppen sollten aus Tientsin geholt werden, um den Palast der Kaiserin zu umfassen. Ein Günstling des Kaisers, den letzterer mit einem Handschreiben nach Tientsin schickte, verrieth den Plan dem Dückönig und durch ihn erfuhr es die Kaiserin-Wittve. Dieselbe ließ den Kaiser zu sich kommen. Der Kaiser leugnete den Plan, allein die Kaiserin zeigte ihm sein eigenes Handschreiben und sagte ihm, es bliebe ihm nichts weiter übrig, als aus einer bereitstehenden Tasse zu trinken. Der Kaiser trank dann die Tasse leer. Ob der Kaiser todt ist oder lebt, wisse niemand.

Diese Darstellung ist anscheinend sensationell ausgeschmückt.

### Prozeß Stadthagen.

Berlin, 6. Okt. Im Prozeß Stadthagen wurde am Donnerstag die Verhandlung vor der 8. Strafkammer des Berliner Landgerichts I fortgesetzt. Der Polizeipräsident v. Windheim war zur Stelle und wurde als erster Zeuge vernommen. Der Angeklagte hatte sich auf diesen Zeugen darüber berufen, daß alles, was in dem unter Anklage gestellten Artikel stehe, wahr sei. — Zeuge v. Windheim: Der Artikel ist im Jahre 1894 verfaßt worden, ich habe mein Amt erst im Jahre 1895 angetreten. Da es sich nur darum handeln kann, daß ich über Thatsachen aussege, so liegen die vom Angeklagten behaupteten Thatsachen jedenfalls vor der Zeit meines Diensttritts. Ich bin nicht in der Lage, über diese Angelegenheit eine Auskunft zu geben oder gar dem Angeklagten zu bestätigen, daß die von ihm behaupteten Thatsachen wahr seien. — Angekl.: Ist dem Herrn Zeugen vielleicht bekannt, daß während seiner Amtsführung Beschwerden über Mißhandlungen, die noch in eine frühere Zeit fielen, eingegangen sind und hat sich vielleicht bei Erledigung derartiger Beschwerden herausgestellt, daß solche Fälle wirklich vorgekommen sind? — Zeuge v. Windheim: Mir sind die Fälle, auf die der Herr Angeklagte anspielt, nicht bekannt. — Angekl.: Ist dem Herrn Zeugen bekannt, daß mehrere Schutzleute strafgerichtlich verurtheilt worden sind, weil ihnen Mißhandlungen des Publikums nachgewiesen werden konnten? (Der Angeklagte nennt eine Reihe von Namen.) — Zeuge v. Windheim: Ich erinnere mich der Fälle dieser Herren nicht. — Präsi.: Nun ist auf das Zeugnis des Herrn Zeugen auch noch über einen zweiten Punkt Bezug genommen worden. Der Reisende Mehlinski behauptet, in der Nacht zum 10. August 1897 auf der Polizeistation mißhandelt worden zu sein; als er sich darüber beklagte, sei er auf Grund eines Physikalischenzeugnisses nach der Trennanstalt Herzberge geschafft, von den dortigen Aerzten aber nach wenigen Tagen wieder entlassen worden, weil es sich herausstellte, daß er durchaus nicht geisteskrank sei. Der Angeklagte hat behauptet, daß der Hergang der Polizeibehörde bekannt und öffentlich besprochen worden sei, daß Mehlinski auch eine Beschwerde an die Polizeibehörde gerichtet, darauf aber keine Antwort erhalten habe. — Zeuge v. Windheim: Wenn unter der Polizeibehörde meine Person gemeint sein sollte, so ist das eine falsche Unterstellung. Ich habe von dem Vorgange nichts gewußt und habe erst gestern durch Einsichtnahme der Acten und Nachfrage in verschiedenen Bureau das Sachverhältnis festgestellt, und erst heute Morgen davon erfahren, daß die Angelegenheit in der Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache gebracht worden ist. Mir war von einer öffentlichen Behandlung der Sache bis dahin nichts bekannt, ich



Habe nicht die Verpflichtung, alle Berichte über die Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung zu lesen. Zur Sache selbst habe ich zu bemerken, daß nach dem Ausweis der Acten der Hergang doch anders gewesen, als behauptet. Nach den Acten liegt eine Anzeige des betr. Polizeirevisors an die 4. Abtheilung vom 10. August vor. Danach ist Weichinski nicht worden, ist entlassen worden, hat keinerlei Beschwerden über angebliche Mißhandlungen aus der Polizeiwache verurteilt, ist aber plötzlich am nächsten Tage mit einer solchen hervorgetreten. Sein Auftreten war so eigenthümlich, daß der zuständige Bezirksphysicus nach Prüfung seines Gesundheitszustandes zu der Ueberzeugung kam, daß Weichinski geistig nicht normal sei und an alkoholischer Geistesstörung leide, so daß wegen seiner gemeingefährlichen Lohsucht seine Ueberführung in eine Irrenanstalt nothwendig sei. Nach diesem Gutachten hat der Reviervorstand nur seine Schuldbildung gethan, diesen vom Arzte als gemeingefährlich bezeichneten Geisteskranken in die Anstalt zu überführen. Er ist auch nicht nach wenigen Tagen, sondern erst nach 14 Tagen aus der Anstalt herbeigeführt worden. Der Vorwurf, daß die Polizeibehörde die Beschwerden des M. nicht weiter berücksichtigt habe, trifft nicht zu, denn die Behörde hat keine Pflicht, auf die nachträgliche Beschwerden eines Mannes, der als gemeingefährlich geisteskrank von einem polizeilichen Physicus erklärt worden, noch einen Bescheid zu ertheilen. — Angekl.: In der Stadtverordneten-Versammlung ist beschloffen worden, den Magistrat aufzufordern, im Anschluß an den Fall Köppen mit dem Polizeipräsidenten in gemeinschaftliche Verhandlungen über polizeiliche Fragen einzutreten. Ist dem Herrn Zeugen dies bekannt? — Zeuge: Nein, jedenfalls ist der Bescheid nicht ausgeführt worden. — Präsi.: Es ist doch wohl anzunehmen, daß, wenn so wichtige Veränderungen in Frage stehen, wie sie der Stadtverordneten-Beschluß in Aussicht nahm, Ihnen persönlich die darauf bezüglichen Schriftstücke unterbreitet werden? — Zeuge v. Windheim: Selbstverständlich würden diese Dinge an mich persönlich gehen. — Die Vernehmung war hiernächst beendet und Polizeipräsident v. Windheim wurde entlassen.

Der Angeklagte stellte noch eine Reihe von Beweis- anträgen, die vom Gerichtshof nach längerer Berathung sämtlich abgelehnt wurden. Hierauf erklärte Staats- anwalt Dr. Egge: Die Beweisaufnahme, die durch den Angeklagten veranlaßt worden ist, habe rein nichts be- wiesen, denn die dabei beteiligten Personen sind der Mehrzahl nach Leute, die selbst wegen der Vorgänge wegen Mißhandlungen gegen die Staatsgewalt verurtheilt worden sind. Das Gericht hat also in diesen Fällen an- genommen, daß die Beamten in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes sich befinden haben. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte schon 1894 erhebliche Vorstrafen wegen Beleidigung erlitten hat und damals schon sein Gang, mit der Ehre seiner Mitmenschen in leichtfertiger Weise umzugehen, festgestellt ist, rechtfertigt sich eine Zusatzstrafe von zwei Monaten Gefängniß.

Im Gegenzug zu dem Staatsanwalt führte der An- geklagte Stadthagen aus, daß in der Affäre des Gen darmen Köppen der volle Beweis der Wahrheit in gerader überprüfbarer Weise gelungen sei. Auch in den übrigen Fällen sei der Beweis der Wahrheit er- bracht. Er beantrage nicht nur seine Freisprechung, sondern die Staatskasse auch mit den Kosten der zu seiner Vertheidigung nothwendig gewordenen Auslagen zu belasten.

Der Gerichtshof sprach Stadthagen in beiden Fällen frei, da derselbe eine den Thatfachen entsprechende Darstellung gegeben habe, verurtheilte ihn indessen, da er hinzugefügt, der Polizeipräsident v. Windheim wisse von den Mißthandlungen, theue aber nichts zur Ab- hilfe, wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten v. Windheim zu 300 Mk. Geldstrafe eventuell 30 Tagen Gefängniß.

## Danziger Lokal-Beitrag.

Danzig, 7. Oktober.

Weiterausichten für Sonnabend, 8. Oktober, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Ziemlich milde, wolkeig, vielfach bedeckt und Regen. Lebhafte Winde.

\* [Stadtverordneten - Wahlen.] Für die in diesem Herbst hier vorzunehmenden regelmäßigen Ergänzungswahlen für 20 nach dem Turnus auscheidende Stadtverordnete und drei Ersatz- wahlen für ausgeschiedene Mitglieder sind jetzt folgende Termine festgesetzt worden: für den 1. Bezirk der dritten Abtheilung (Reichstadt) Montag, 7. November; für den 2. Bezirk der dritten Abtheilung (Altstadt, Schidlitz, Langfuhr, Neufahrwasser) Mittwoch, 9. November; für den 3. Bezirk der dritten Abtheilung (Vorstadt, Niederstadt, Außenwerke, Stadtgebiet, St. Albrecht) Freitag, 11. November; für die zweite Abtheilung Freitag, 18. November; für die erste Abtheilung Freitag, 25. November.

\* [Verkehrserleichterung am Hafenkanal.] Nach dem Abbruch des ehemaligen Barg'schen Grundstückes sowie der alten „Concordia“ be- ginnt man jetzt mit der Verlegung und Ver- breiterung des Schienenstranges am Hafenkanal. Es wird hierdurch endlich einem längst drin- genden Bedürfniß Abhilfe geschaffen und hoffentlich eine wesentliche Verkehrserleichterung hergestellt sein.

\* [Dem Verein für die Herstellung und Ausschmückung der Marienburg.] (wie in einer uns leider etwas verspätet zugegangenen Notiz uns mitgetheilt wird) kürzlich von Herrn Bstlicher Pjall in Tanga bei Damerkow 393 Silbermünzen überwiesen, die sein Sohn im Monat Juli d. J. aus dem väterlichen Schatz bei Erbarbeiten zum Neubau eines Stalles in einem Steinkrug fand. Es sind Ordensschillinge aus den Zeiten der Hochmeister Michael Rück- meister von Sternberg (1414-22), Paul von Ruckdorf (1422-41) und Conrad von Erlichshausen (1441-49). Diese Münzen bilden bereits den 17. größeren Münzfund, der seit 1892 dem Vorstande des Marienburg-Vereins — Vor- sitzender ist bekanntlich der Herr Oberpräsident — aus unserer Provinz oder ihrem Nachbargebiete übergeben worden ist. Außer diesen größeren Funden sind Einzelfunde, die in der Provinz zu Tage kamen, häufiger eingelangt worden. Die Funde sind theilweise zu hohen Preisen angekauft, theilweise als Geschenke hochherziger Finder den Sammlungen des Vereins einverleibt. Sie ge- hören bis auf einen sämtlich der geschichtlichen Zeit an (die vorgeschichtlichen, insbesondere die römischen, Münzfunde sammelt ja das Provinzial- Museum) und sollen dereinst, nach Wiederher- stellung des Marienburger Ordensschlosses, zur Ausschmückung desselben öffentlich ausgestellt werden. Wenn so erst eine größere Zahl von Münzfunden aus allen Gebieten unserer Provinz und aus den verschiedenen Zeiten ihrer Geschichte in der Marienburger Sammlung zusammen- gekommen ist, werden diese Münzen als in Erz redende Zeugen der Vergangenheit einen überaus wichtigen Beitrag zur Erforschung der historischen Zeit unserer Heimathprovinz bilden.

\* [Jünglingsheim.] Wir werden um Ver- öffentlichung nachstehender Zeilen ersucht: In den jähren Räumen des St. Barbara-Gemeinde- hauses in der Lohengasse, dessen großer Saal in

diesen Tagen bei Gelegenheit der Vorführung von Lichtbildern aus dem heiligen Lande die Menge der Zuschauer kaum lassen konnte, ist jeden Sonntag Abend ein reges fröhliches Leben. Dann ist der Jünglings-Verein der St. Barbara-Gemeinde dort versammelt. Den Sommer hindurch tummelt sich eine Schaar von etwa 80 Jünglingen auf dem weiten Vor- platz und übt ihre Kraft und Gewandtheit in Turn- spielen und allerlei Kraftübungen. Dann geht es in den Saal. Es werden Volkstheater gesungen und wird allerlei declamirt und vorgelesen. Es ist eine Freude zu sehen, mit welchem Eifer die Jünglinge in freien Vorträgen, Declamationen, Dialogen und geeigneten Schauspielen sich selbst fortbilden und den Ver- sammelten geistigen und geistlichen Genuß be- reiten. Solche Thätigkeit muß segensreich auf die Theilnehmer wirken, sie im Guten befestigen und sie geistlich im Leben und Denken machen, auch ihnen die Freude am Idealen, an allem Schönen und Wahren erhalten. Nun aber kommt der Winter und damit aus Mangel an Abwechslung die Gefahr der Langeweile. Diese Zeiten sollen den freundlichen Lesers Hilfe gegen den Feind aller Vereinslebens er- bitten. Wer zu Hause Gesellschaftsspiele oder Einzel- spiele, wie Schach, Dambrett, Domino, wer Zimmer- turngeräthe, gute Bücher, alte Jahrgänge guter Zeit- schriften liegen hat, für die er keine rechte Verwen- dung weiß, sende sie ins Pfarrhaus, St. Barbara- Kirchplatz Nr. 4, oder ins Gemeindehaus, Lohengasse Nr. 2. Er schafft damit Segen; er hilft mit seiner Gabe manchen Jüngling erfreuen und unterhalten und ihn gegenüber den zahlreichen Verführungen zu wappnen und auf dem Wege des Guten festzuhalten. Und das ist heute in unserer unruhigen, gefährvollen Zeit sehr nöthig.

\* [Arbeitszeit.] Der Beginn der Wintermonate stellt in manchen Geschäftszweigen an die Thätigkeit des Personals ausnahmsweise hohe Ansprüche. In- besondere ist dies in Schneiderei- und Kürschner- betrieben der Fall. Es wird daher darauf hin- gewiesen, daß die unter Verwaltungsverhältnisse (hierorts die königl. Polizeibehörde) auf Antrag des Inhabers von Mantel-, Kleider- und Wäsche-Confectionsbetrieben im Falle außerordentlicher Arbeitshäufung gemäß § 138 a der Gew.-Ordnung die Genehmigung zur Be- schäftigung von über 16 Jahre alten Arbeiterinnen an Wochentagen, mit Ausnahme des Sonnabends, bis 10 Uhr Abends auf die Dauer von zwei Wochen, jedoch im Jahre höchstens für 40 Tage, ertheilen kann unter der Bedingung, daß die Dauer der täglichen Arbeits- zeit nicht mehr als 13 Stunden beträgt. Eine gleiche Genehmigung für längere Dauer als zwei Wochen bezw. 40 Tage kann die obere Verwaltungsver- waltung (Regierung) ertheilen. Ferner ist für handwerksmäßige Schneiderei- und Kürschnerbetriebe der Stadt Danzig, ein- schließlich der zugehörigen Vorstädte, am Sonntag, den 16. d. M., an anderen Orten, wo eine derartige polizeiliche Feststellung nicht stattgefunden hat, an sechs Sonntagen im Jahre, deren Auswahl, mit Ausnahme der Weihnachts-, Oster- und Pfingstfesttage, des Neujahrs- und Himmelfahrtstages, dem Betriebsinhaber freisteht, die Beschäftigung von über 16 Jahre alten Arbeitern, Gefellen etc. nach vorheriger bloßer Anzeige bei der Polizeibehörde (Genehmigung ist nicht erforder- lich) bis 12 Uhr Mittags gestattet. Das letztere gilt auch für handwerksmäßige Kürschnerbetriebe, aber nur für vier Sonntage im Jahre.

\* [Aufführung.] Im Fenster der Homann u. Weber'schen Buch- und Kunsthandlung ist eine von Herrn Buchbindermeister Hugo Ritz hier selbst an- gefertigte Diplom-Mappe ausgelegt, welche in Cassian- leder mit Lederornamenten und Handvergoldung künstlerisch ausgeführt ist. Die Arbeit macht dem hiesigen Kunst- handwerk alle Ehre.

\* [Strafhammer.] In der gestrigen Sitzung hatte sich ein gefährlicher Spühube in der Person des Zimmergehilfen Johann Lejnski, zuletzt in Zoppot, zu veranlassen. Als der Nachtwächter Detlaß in der Nacht vom 30. Juli in der Wilhelmstraße zu Zoppot die Runde machte, bemerkte er, daß zwei Schaufenster des dortigen Engländer Colonialwaarenhandels einge- schlagen waren. Der Laden war durch den Schein eines Lichtes erleuchtet und dabei sah ein Einbrecher und — als gemüthlich von den Räuberzügen des Kauf- manns, nachdem er vorher an Getränken sich erquickt hatte. Der Nachtwächter bemerkte noch, daß der Mann einige Schußwaffen aufzog und hierauf den Cigarren- vorrath seinen Beachtung zuwandte, dann schritt er ein und verhaftete den Menschen, der später als der L. erkannt wurde. Der Nachtwächter hat übrigens bei dieser Verhaftung in ziemlich großer Gefahr geschwebt, denn der L. hatte in dem Laden einen ungeladenen Revolver gefunden, ihn mit Patronen, die er an anderer Stelle entdeckt hatte, geladen und neben sich gelegt. Bei der plötzlichen Ueberraschung scheint er jedoch an die Waffe, die ihm zu Gebote stand, nicht gedacht zu haben. L. wollte dem Gerichtshof vorreden, er sei nur aus Neugierde durch das Fenster gestiegen, nachdem der eigentliche Dieb, den er beobachtet habe, aus dem Laden gegangen sei. Damit fand er aber wenig Glauben, der Gerichtshof bestrafte ihn als Dieb, und zwar mit 1 Jahr Gefängniß.

Wegen einer rohen Mißhandlung seiner Ehefrau hatte sich der Zimmergehilfe August Ruckowski aus Stolberg zu verantworten. Ohne Arbeit und etwas angeheitert kam er am 11. Mai nach Hause. Als seine Frau ihm Vorhaltungen machte, ergriß er ein Messer und brachte seiner Frau einen Schnitt hinter das linke Ohr bei. Für diese That erhielt er 6 Monat Gefängniß.

\* [Schwurgericht.] In der gestrigen Verhandlung gegen das Dienstmädchen Marie Autsch aus Radolitz am Kreise Neustadt wegen Rindesmordes wurde die An- geklagte durch die Beweisaufnahme ganz erheblich belastet und ihre Angabe, daß sie ihr Kind in der Dinnmacht mit dem eigenen Körper erdrückt habe, ge- wann wenig Wahrscheinlichkeit. Die Geschworenen sprachen sie des Rindesmordes, allerdings unter Zubilligung mildernder Umstände, schuldig, ferner wurde sie schuldig erachtet, die Anmeldung des Kindes innerhalb der vorgeschriebenen Zeit bei dem zuständigen Standesbeamten unterlassen zu haben. Der Gerichtshof verurtheilte sie zu dreijähriger Gefängnißstrafe.

Die Signatur eines echten Rassen-Meines war der darauf folgenden Verhandlung ausgedrückt: der Beiführer Johann Erich in Neu-Zich hat um einer Cappelle willen einen Meineid geleistet und sich damit in das Zuchthaus gebracht. Die Sache ist folgende: Erich borgte sich im vergangenen Jahre von dem Bauern August Schmichowski in Lbbau Schabrad zwei Scheffel Roggen und verpfändete sich, sie nach dem nächsten Drück wieder abzugeben. Dies geschah nicht und Sch. klagte schließlich bei dem Amtsgericht Schöneck seine zwei Scheffel ein. Vor dem Termin gab Erich den Roggen ab, die Forderung war damit ge- deckt und es handelte sich nun noch um die geringen Gerichtskosten (das Object betrug 10 Mk.), der Prozeß mußte weiter gehen, es wurde wichtig, festzustellen, ob Sch. den Erich wegen der Forderung gemahnt habe, denn wenn er das nicht gethan hätte, hätte er die Klage ohne Berechtigung angestrengt und die Kosten tragen müssen. Nun beschwor am 24. März d. Js. Erich vor dem Amtsgericht, daß er nie von Sch. wegen des Roggens gemahnt worden sei, er blieb dabei trotz aller Mahnungen. Das Meineidverfahren war die Folge dieses Eides und in der gestrigen Verhandlung wurde zur Evidenz bewiesen, daß L. nicht ein- sondern mehrere Male und zwar recht energisch gemahnt worden war. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage auf Meineid und der Gerichtshof verurtheilte den L. zu zweijähriger Zuchthausstrafe.

Unter dem Aufgebot von 82 Zeugen begann heute vor dem Schwurgericht eine Verhandlung gegen den früheren Amtsbauer Friedrich Karl Franz Stierner aus Hochstrief wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung im Amte. Er ist bereits seit dem

Jahre 1888 im Amte, er ist von Profession Schuh- macher und wurde dann Gemeinbediener in Dichen- dorf. Im Jahre 1892 avancirte er zum Amtsbauer zu Hochstrief und wurde auch Polizeibeamter des sehr ausgedehnten Bezirkes. Er ist schon zweimal vorbestraft; im Jahre 1896 wurde er wegen Miß- handlung im Amte zu 3 Monat Gefängniß verurtheilt. Zu dem Bezirk des Angeklagten gehörten fünf zum Theil erheblich auseinander liegende Dörfer, unter ihnen Ziganenberg, Hochstrief und Dichenstorf, und es hat sich gezeigt, daß St. seiner Stellung nicht gewachsen war. Er hat keine Ahnung von Rassenverhältnissen und doch mußte er im Jahre ca. 5000 Schußstrafen ein- ziehen, Steuern erheben u. s. w., eine Arbeit, die über seine Kräfte hinausging. Kein Wunder, daß es in der Folge das St. kunterbunt ausgefallen hat, als man im Februar d. J. Unregelmäßigkeiten entdeckte und ihn entließ. Die Revision der Listen, welche Stierner geführt hat, ergab, daß er vermutlich Unterschlagungen vollführt hat, zwar nur immer in ganz minimalen Beträgen, aber in zahlreichen Fällen. Der An- geklagte ist, da weder Fluchtverdacht noch sonst ein besonderer Grund zur Inhaftnahme vorlag, auf freiem Fuß geblieben. Der Öffnungs- beschluß der Strafammer IV wirft dem Angeklagten vor, als Beamter in den Jahren 1896/97 durch eine fortlaufende Handlung Selber, die er in Empfang genommen hat, unterschlagen und die zur Controle ge- führten Listen und Bücher gefälscht zu haben. Er soll manigfaltig Schußstrafen im Betrage von 31,10 Mk. unter- schlagen haben und dann in den Listen vermerkt haben, an den betreffenden Personen sei die statt der Geld- strafe angegebene Haftstrafe vollstreckt worden. St. hatte auch das Amtsgelängniß unter sich und liquidirte für jeden derartigen Arrestanten 80 Pf. pro Tag Ver- pflegungsgeld. Die Sache war um so leichter, als beim Amtsgelängniß des Bezirks bis zum vorigen Jahre ein Gefängnißbuch, das Aufschluß über die Häft- linge gab, nicht vorhanden war. Ferner soll Stierner siebenzehn Polizeistrafen im Betrage von 51,25 Mk. eingezogen und unterschlagen haben. Er hat auch bei diesen Euten eingetragen, daß Haftstrafe an ihnen vollstreckt worden sei und deshalb wird ihm auch Urkundenfälschung vorgeworfen. Der Angeklagte bezog 45 Mk. Gehalt und war im übrigen auf seine Gebühren angewiesen. Er gab zu, daß er Unter- schlagungen verübt und die Listen unrichtig aufgestellt habe. Den geringsten Theil des Geldes habe er aber für sich verbraucht, denn er habe sehr viel zugelebt, es sei zu viel zu thun gewesen. Ueber die einzelnen Fälle kann sich der Angeklagte, wie er behauptet, nicht weiter äußern, er gestand zu, daß er von seiner Dienstinstruction wenig Ahnung gehabt habe, ebenso wenig von dem, was ihm der Vorgesetzte aus dem Geseh über die Pflichten der Polizeibeamten vorrühr. Der Angeklagte macht einen sehr bescheidenen Einbruch. Die Aussage seiner früheren Vorgesetzten, Amtsvor- steher Bruns-Hochstrief und Amtsfeldr Vogt- Hochstrief, ergab erst ein richtiges Bild über die Thätigkeit des Angeklagten. Die Geschäfte des Bezirks haben sich sehr stark vergrößert, die Ein- wohnerzahl ist um reichlich 70 Proc. in den letzten Jahren gewachsen, die Schußstrafen haben sich verdrei- facht. Der Amtsfeldr rechnete aus, daß St. im Jahre circa 3000 Schußstrafen einzuziehen hatte, ca. 20.000 Mk. Steuern gingen durch seine Hände, trotz seiner Unbeholfenheit und Unersahrenheit in Rassenverhältnissen. Die Einnahmen des An- geklagten berechnen seine Vorgesetzten auf 80 Mk. monatlich. Davon hatte St. seine Familie zu ernähren, wobei er allerdings Amtswohnung hatte. Von seinen Vorgesetzten wurde dem Angeklagten ein gutes Zeugniß ausgestellt, sie haben ihm keine Unred- lichkeiten iustgeurteilt. Es wurde dann in der Erörterung der Einzelsfälle eingetreten, die alle das gleiche Bild bieten. Der Angeklagte ist zum großen Theil geständig, die Zeugenvernehmung konnte daher auf die Fälle be- schränkt werden, bei denen der Angeklagte befreit, eine falsche Eintragung gemacht zu haben und zwar in der Weise, daß er da Haft notirte, wo er Geldstrafe eingezogen hatte. (Schluß des Blattes.)

\* [Einschuld.] Im Hafenkanal, und zwar in der östlichen Ecke der Mäusenjanje, trieb gestern Vor- mittag die Leiche eines Kindes auf. Diefelbe wurde als die des vor ungefähr acht Tagen verschollenen Anaben des Zimmermanns Jankowski aus Neu- fahrwasser erkannt. Arbeiter schafften die Leiche in die Wohnung der Eltern. Erst am Abend vorher noch glaubte die Mutter eine Spur ihres verloren ge- gangenen Kindes in der halben Allee gefunden zu haben. Es dürfte nunmehr die Annahme Bestätigung gefunden haben, daß der Anabe beim Spielen am Hafenkanal ins Wasser gefallen und unbemerkt er- trunken ist.

\* [Verhaftungen.] Ein Colporteur in jugendlichem Alter wurde bei dem Diebstahl einer Uhr abgefaßt und festgenommen. Ferner wurde der Arbeiter Spedemski wegen Bedrohung seines eigenen Vaters mit einem Messer in Haft abgeführt.

\* [Einbruch.] Einem am Trost wohnenden Fisch- händler wurden gestern Nachts mittels Einbruchs acht Centner Aale gestohlen. Gestern Vormittag wurden dann auf dem Fischmarkt zwei Arbeiter an- gehalten, welche ca. zwei Centner Aale zum Verkauf ausboten. Sie scheinen der Ausführung des Einbruchs dringend verdächtig und wurden deshalb festgenommen.

\* [Veränderungen im Grundbesitz.] Es sind ver- kauft worden die Grundstücke: Dienergasse Nr. 15 von dem Schlossermeister Müller an die Frau Fröhlich, geb. Köhler, für 13.000 Mk.; Neufahrwasser Blau 259 von dem Kaufmann Ruckpa an den Baumeister Aule- mann und von letzterem an den Baugewerksmeister Miethe für 22.000 Mk.; Olivastraße Nr. 25 von dem Geschäftsmann Köhler an den Schiffscapitän Böse für 19.000 Mk.; Olivastraße Nr. 47 und 47a von der Frau Kaufmann Seiger, geb. Cohn, an den Kaufmann Biber für 60.000 Mk. und ein Wohnrecht bis zum 1. November d. Js.

\* [Vacanzentische für Militärärzte.] Vom 1. Januar ab beim Magistrat in Rügenwalde Polizei- sergeant, 800 Mk. Gehalt, steigend in je drei Jahren bis zum Höchstbetrage von 1000 Mk.; freie Uniform, freie ärztliche Behandlung und Arznei. — Von sojagim im Bezirk der ostpreussischen Südbahn in Königsberg zwei Schaffnerdiätäre, je 2 Mk. täglich neben den tarifmäßigen Fahr-, Stunden- und Nachtgebern; bei vorhandener Begegnung und nach Befehlen der beizüglichen Prüfungen kann auch die Beförderung zum Pachmeister und Zugführer erfolgen. Das Einkommen beträgt für Schaffner 750 bis 990 Mk., für Pach- meister 990 bis 1150 Mk., für Zugführer 1050 bis 1500 Mk. jährlich neben freier Dienstwohnung oder Wohnungsgeldzuschuß. — Von sojagim bei derselben Behörde Bahnwärter, 520 Mk. Gehalt, das bis auf 650 Mk. jährlich steigt, neben freier Dienstwohnung. — Vom 1. November im Bereich der Bahn von Gollnow nach Ralberg beim von Piepenberg nach Rügenwalde und demnachst von Ralberg nach Ralsin, sechs Stationswärter, 2 Mk. Diäten pro Tag, vom Tage der Anstellung 800 Mk. Gehalt jährlich, das in Zeiträumen von drei Jahren nach einer Dienstzeit von 21 Jahren bis zum Höchstbetrage von 1500 Mk. steigt. — Bei derselben Behörde 6 Bahnwärter, vom Tage der Anstellung 700 Mk. Gehalt, das in Zeiträumen von drei Jahren nach einer Dienstzeit von 21 Jahren bis zum Höchstbetrage von 1000 Mk. für das Jahr steigt.

## Aus den Provinzen.

\* [Bischofswörter, 6. Okt.] (Von Jugo überfahren.) Gestern Abend gegen 8 Uhr ist der Streckenarbeiter Ernst Dieblich von der Bahnhofsstation Bischofswör- der, als er auf dem Nachhausewege von der Arbeitsstelle verbotsmäßig im Geleise entlang gegangen ist, in Alton. 205.44 zwischen Ostrowitz und Bischofswörder

von dem Personenzuge 52 überfahren und getödtet worden.

\* [Schwund.] 6. Okt. [Schwund.] Am Montag gegen Abend verließ der Holmeister Schornomski aus Grapitz, ein etwa 50 Jahre alter, großer und stattlicher Mann, das Dorf Bieschen, um sich nach Hause zu begeben. Derselbe ist einen falschen Weg gegangen und von einigen Personen auf dem Wege Bieschen-Stoltenin getroffen worden. Sch. ist bisher nicht nach Hause ge- kommen, die ganze Feldmark, namentlich Wasserlöcher und Moore, welche in der Nähe des Weges liegen, sind ohne Erfolg abgesucht worden, auch sind die Nachforschungen in den umliegenden Ortschaften erfolglos geblieben.

□ An der preussisch-russischen Grenze herrschte in den letzten Wochen ein sehr reger Verkehr. Besonders bedeutend war die Einfuhr von Gänsen nach Preußen. Es wurden zahlreiche große Gänseherden täglich durch die verschieden- sten Grenzorte hindurch getrieben. Bei Wreschen betrugen die Herden durchschnittlich 10.000 bis 12.000 Stück. Nachst Breslau, Berlin und Ham- burg treten neuerdings immer mehr sächsische Firmen und zwar nicht bloß in Dresden und Leipzig als Käufer russisch-polnischer Gänse auf. Auch der Durchzug von Arbeitermassen, die wegen der Rübenenernte nach Deutschland gingen, war stärker als die letzten Jahre. Besonders viel Arbeiter wanderten nach der Provinz Sachsen in die dortigen Zuckerfabriken.

## Bermischtes.

### Ein Bierprozeß.

der im ganzen Bairenlande mit lebhaftem In- teresse verfolgt wurde, fand am Dienstag seine Erledigung in der Berufungs-Instanz vor dem Landgericht München. Ein Münchener Rechts- anwalt kam im verfloffenen Frühjahr in das Restaurant zum „Augustiner“ in München, um dort ein Gabelfrühstück einzunehmen. Er bestellte bei dieser Gelegenheit einen Schoppen (einen viertel Liter) Bier, die Kellnerin brachte ihm aber eine Halbe, und als er die Annahme verweigerte und auf Verabreichung des bestellten Schoppens be- stand, erklärte die Kellnerin, laut Anordnung des Wirthes dürfe kein Schoppen Bier hergegeben werden, sondern erst von einer „Halben“ auf- wärts. Daraufhin verließ der Rechtsanwalt überhaupt darauf, die Gastfreundschaft des Wirthes noch länger in Anspruch zu nehmen. Um aber diese Principienfrage zum Austrag zu bringen, erstattete er Anzeige. Die Folge davon war, daß der Pächter des „Augustiner“ einen Strafbefehl von 10 Mk. Geldstrafe erhielt, und zwar wegen Uebertretung des Artikels 144 des Polizeistraf- gebuches. Dieser Artikel besagt nämlich, daß „Bäcker, Brod- und Mehlhändler, schenkberechtigte Brauer und Bierwirthe, Metzger und andere zum Feilhalten von Fleisch berechtigte Personen einer Geldstrafe bis zu 15 Thalern unterliegen, wenn sie ohne genügenden Entschuldigungsgrund, so lange ihre Vorräthe reichen, einem Käufer die Abgabe ihrer Verkaufsgegenstände gegen Zahlung verweigern“. Gegen diesen Strafbefehl erhob der Wirth Einspruch, der vom Amtsgericht abgewiesen wurde. Da sich der Wirth auch hierbei nicht be- ruhigte, kam die Sache in der Berufungs-Instanz zur neuerlichen Verhandlung. Der Pächter des Münchener hgl. Hofbräuhauses war als Zeuge und Sachverständiger geladen. Dieser bekundete, vor Erlass des in Frage stehenden schöffens- gerichtlichen Urtheils sei es niemandem ein- gefallen, im Hofbräuhaus einen Schoppen Bier zu verlangen, oder wenn dies einmal vorge- kommen, so wäre diesem Verlangen nicht ent- sprungen worden, es sei überhaupt gar kein ein Viertel-Litergefäß vorhanden gewesen. Seit Fällung des Urtheils aber komme es sehr häufig vor, daß Gäste im Hofbräuhaus einen Schoppen Bier verlangen und für den Weigerungsfall mit dem Staatsanwalt drohen. Es werden daher jetzt auch im königlichen Hofbräuhaus auf Ver- langen „Quarteln“ verabreicht. Der Vertreter des Berufungsführers führte u. a. aus: Man könne nicht verlangen, daß ein Wirth, der mit einem Kostenaufwande von Hunderttausenden einen Bierpalaß herstellt und der seinen Betrieb nicht auf Abgabe so kleiner Mengen eingerichtet hat, weil er dabei nicht auf seine Kosten käme, auf Verlangen auch einen Schoppen abgibt; der Wirth müsse das Recht haben, seinen Betrieb nach Belieben einzurichten, sonst wäre die ganze Gewerbefreiheit illusorisch. Der Staatsanwalt be- antragte die Verwerfung der Berufung. Ein Eingriff in die Gewerbefreiheit liege absolut nicht vor; wenn man dagegen den Anschauungen des Herrn Vertheidigers über die Gewerbefreiheit zu- stimmen würde, so käme man eben schließlich so weit, daß jeder thun könnte, was er mag. Ganz abgesehen davon, daß eben nicht jedermann auf größere Mengen Bier geacht sei, müsse man doch auch berücksichtigen, daß zahlreiche Damen, Fremde etc. in den Restaurants verkehren. Daß man im Hofbräuhaus bisher keinen Schoppen Bier bekam, sei irrelevant; denn im Hofbräuhaus lasse man sich manches gefallen, z. B. in Bezug auf Bedienung etc., was man sich anderswo nicht gefallen ließe. Die Berufung wurde kostenfällig verworfen, Art. 144 P.-St.-G.-B. sei zweifellos gültig. Wenn im Hofbräuhaus keine einviertel- Litergefäße geführt werden, so sei das direct straffällig. Die Wirths seien nicht befähigt, einen angemessenen Preis für einen Schoppen zu ver- langen und hierbei gleich ihre Betriebskosten etc. entsprechend in Anspruch zu bringen, aber sie dürfen die Verabreichung eines Schoppens nicht verweigern.

\* [Bosen, 6. Okt.] Ein Aussehen erregender Prozeß begann heute vor der Strafammer. Angeklagt sind die beiden Directoren der polnischen Parzellirungsbank, Sioroski und Lopinski, wegen Betruges und verurtheilt Betruges. Bei Gelegenheit der beabsichtigten Parzellirung des Gutes Ruda sollen die Angeklagten den Hypo- thekengläubiger, Superintendenten Starke in Giebichenstein, um 3000 Mk. betrogen und außer- dem versucht haben, die Kantorfrau Wischke in Giebichenstein, die gleichfalls eine Hypothek auf das Gut Ruda eingetragen hatte, um 2000 Mk. zu schädigen. Die Angeklagten bestritten die Schuld und wurden schließlich freigesprochen.

## Stadtverordneten-Versammlung

am Dienstag, den 11. Oktober 1898, Nachmittags 4 Uhr.

### Tagesordnung:

#### A. Öffentliche Sitzung.

Niederlegung eines Stadtverordnetennamens. — Ein- gabe in Betreff der Wärrerinnen im Casarthe am Olivaerthor. — Jahresbericht des allgemeinen Ge- werbevereins. — Revision des städtischen Reihames. — Platzbestimmung für zwei Bedürfnisanstalten. — Ge- meindenährliche Prozeß 1898. — Vermietung a. eines Thurmes. — b. von zwei Wohnungen in einem Casarthe



